

## **Lindner will Karliczek helfen, die Verfassung zu ändern**

Berlin. FDP-Chef Lindner begrüßte die Initiative von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), das Grundgesetz zu ändern, damit Bund und Länder künftig besser an der Digitalisierung von Schulen zusammenarbeiten können. „Das Umdenken des Bildungsministers ist eine angenehme Überraschung. Sie und die CDU haben immer an der alten Idee festgehalten, dass Bildung besser sein wird, wenn 16 Länder das Rad selbst neu erfinden“, sagte Lindner gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Der FDP-Vorsitzende bot seine Hilfe bei der Organisation der notwendigen Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes an. „Eine Zweidrittelmehrheit wäre nach einer Änderung der CDU jetzt leichter zu erreichen. Entsprechende Reformen sind &hellip;

Berlin. FDP-Chef Lindner begrüßte die Initiative von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), das Grundgesetz zu ändern, damit Bund und Länder künftig besser an der Digitalisierung von Schulen zusammenarbeiten können. „Das Umdenken des Bildungsministers ist eine angenehme Überraschung. Sie und die CDU haben immer an der alten Idee festgehalten, dass Bildung besser sein wird, wenn 16 Länder das Rad selbst neu erfinden“, sagte Lindner gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Der FDP-Vorsitzende bot seine Hilfe bei der Organisation der notwendigen Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes an. „Eine Zweidrittelmehrheit wäre nach einer Änderung der CDU jetzt leichter zu erreichen. Entsprechende

Reformen sind in der Vergangenheit nicht an der FDP oder den Grünen gescheitert“, sagte Lindner gegenüber dem RND. „Es ist jedoch zu befürchten, dass Frau Karliczek in ihrer eigenen Partei nicht für die Mehrheit spricht. Aber wenn die Union es ernst meint, dann bieten wir sofort Gespräche über eine Verfassungsänderung an.“

Karliczek hatte im RND-Podcast „Die Schulstunde“ angekündigt, für eine Änderung der Verfassung zu kämpfen, die es der Bundesregierung ermöglichen würde, in Fragen der Schule und der Digitalisierung ordnungsgemäß mit den Bundesländern zusammenzuarbeiten. „Wir stellen fest, dass in der digitalen Welt eine andere Form der Zusammenarbeit erforderlich ist“, sagte der Minister. „Die Pandemie zeigt derzeit sehr, sehr deutlich, wo wir möglicherweise noch einmal über traditionelle Strukturen sprechen müssen“, erklärte Karliczek.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

„Wenn wir die Art der Zusammenarbeit für die Universitäten organisieren wollen, brauchen wir irgendwann eine Änderung der Verfassung“, betonte der CDU-Politiker. „Dafür brauche ich aber zwei Drittel der Mehrheiten. Das muss ich bewerben“, fügte sie hinzu. Die Zeit ist reif für dieses Thema.

**Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**